

Ressorts

- > Arbeit
- > Asyl & Integration
- > Außenpolitik
- > Bücher
- > Bundesheer
- > Bundesländer & Organisationen
- > Europäische Union
- > Familie
- > Frauen & Chancengleichheit
- > Geschichte der Arbeiter*Innen*bewegung
- > Gesundheit
- > Innenpolitik
- > Jugend
- > Justiz
- > Kunst & Kultur
- > Parlament
- > Pensionen
- > Schule
- > Soziales
- > SPÖ intern
- > Sport
- > Termine
- > Tierschutz
- > Top & Flop
- > Umwelt, Energie
- > Universitäten
- > Verkehr & Technologie
- > Volksgruppen
- > Wirtschaft &

UNO-Gipfel: Nachhaltigkeitsziele gemeinsam mit Privatsektor umsetzen

🕒 05 Okt 2015 📍 globale Entwicklung, Petra Bayr, UNO



UNO-Nachhaltigkeitsziel Nummer 6: Ab 2030 sollen alle Zugang zu sauberem Wasser haben. Foto: Fotolia /Mayer Riccardo

SPÖ-Sprecherin für globale Entwicklung Petra Bayr will bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele den Privatsektor in die Pflicht nehmen.

Vor kurzem hat die UNO-Generalversammlung ein neues Nachhaltigkeits-Aktionsprogramm beschlossen. Damit will die Staatengemeinschaft bis Ende 2030 die Armut beseitigen, die Gleichstellung von Frauen vorantreiben, die Gesundheitsversorgung und Ernährungssicherheit verbessern, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und dem Klimawandel entgegensteuern. Rund 150 Staats- und Regierungschefs haben im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York die sogenannten 17 Sustainable Development Goals (SDGs), also Nachhaltigkeitsziele, beschlossen.

Wachstum nur mit fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen nachhaltig

Nach dem Gipfel forderte Bayr, bei der Umsetzung „den Privatsektor in die Pflicht zu nehmen, damit er nachhaltig im Sinne von Entwicklung agiert“, und zwar in Form völkerrechtlich verbindlicher Regeln. Im SDG Nummer 8 etwa wird ein Wirtschaftswachstum in den ärmsten Ländern von jährlich sieben Prozent angestrebt. Wirtschaftswachstum alleine sagt aber nichts über die Verteilung der Wertschöpfung, faire Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen aus, gibt Bayr zu bedenken. „Die oft implizit getroffene Annahme, dass gute Rahmenbedingungen für den Privatsektor alleine schon ausreichen, um private Firmen zu etablieren, die dann wiederum quasi automatisch wirtschaftliche Entwicklung für alle schaffen, ist grundlegend falsch“, ist Bayr überzeugt.

Erst in Verbindung mit demokratischer Regierungsführung, die das Interesse der Menschen und der Umwelt und nicht das der Firmen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, kann die Wirtschaft zu gerechter und nachhaltiger Entwicklung beitragen. Ebenso müssen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO erfüllt sein; Gewerkschaften muss eine verfolgungsfreie Arbeit ermöglicht werden.